



DEMONSTRATIONS-AUFRUF

# Annahme verweigert!

Am 8. September bringen wir das **Kürzungspaket** zurück.  
Wer hilft mit tragen?

**Treffpunkt:**  
15:00 Uhr, Asmus-Bremer-Platz in Kiel mit Auftaktkundgebung.  
Anschließend Demonstration und Kundgebung vor dem Landeshaus.  
Ende gegen 17:30 Uhr



Keine Verlängerung der Lebensarbeitszeit

Keine Erhöhung des Eigenanteils in der Beihilfe

Keine Streichung der Versorgungszulage



Keine Streichung der Jubiläumswelldung



Annahme verweigert



# Jürgen Tabbert †

*Aus der Geschichte der GdP in Schleswig-Holstein ist der Name Jürgen Tabbert nicht wegzudenken. Alle, die irgendwann einmal Mitarbeiter oder Funktionäre im Landesbezirk waren, hatten schon einmal mit ihm zu tun. Mit seinem Eintritt in die GdP im April 1949 darf man ihn gut und gerne auch als Gründungsmitglied verstehen. Er hat zwar nie herausragende Funktionen auf Landesebene ausgeübt, aber immer an wichtigen Schaltstellen mitgearbeitet, mitgedacht und mitgewirkt.*



Jürgen Tabbert

Foto: Gründemann

Holstein, überredete Tabbert dazu, sich zum Polizeidienst zu bewerben, was er auch tat. 1948 eingestellt, durchlief er die unterschiedlichsten Funktionen in Eckernförde, Eutin und Kiel, wurde gleich Mitglied in der GdP; aber auch andere Vereinigungen und Institutionen wurden durch ihn belebt, sei es das Deutsche Aussätzigenhilfswerk, die Europa-Union, die IPA, das Erholungswerk, der Kieler Mieterverein, die Deutsche Rheumaliga und – bis zu seiner Auflösung – auch das Kuratorium Unteilbares Deutschland

Tabbert verstand sich als Staatsbürger. Er wusste, dass unser Gemeinwesen nur existieren kann, wenn es Menschen gibt, die sich einbringen. Das hat er an vielen Stellen getan. In der GdP war dies besonders die Arbeit mit den Senioren. Dabei war Gremienarbeit nicht so sehr die Priorität, sondern die individuelle Arbeit, der Besuch bei ehemaligen Kollegen oder deren Angehörigen. Wie oft hat er Witwen und Witwern gerade nach dem Verlust von Partnern beigestanden, Formalitäten erledigt, Gänge und Telefonate übernommen oder als Gesprächspartner gedient.

Für sein vielfältiges Engagement dankte ihm die Bundesrepublik Deutschland im Jahre 2001 mit dem Bundesverdienstkreuz, das ihm vom Chef der Staatskanzlei, dem früheren Staatssekretär Gärtner im Gästehaus der Landesregierung, überreicht wurde.

Noch auf dem 29. Delegiertentag der GdP im letzten November in Bad Bramstedt nahm er teil, obwohl es ihm streckenweise nicht leicht fiel. Seine Gesundheit wurde zunehmend schlechter. Seine Regionalgruppe Kiel-Plön wollte ihm die Ehrenmitgliedschaft verleihen. Doch dazu ist es nicht mehr gekommen. Am 3. August starb Jürgen Tabbert im Alter von 85 Jahren im Beisein von seiner Frau und seinen beiden Töchtern.

Die Gewerkschaft der Polizei hat ihm außerordentlich viel zu verdanken. Er hat der Organisation ein menschliches Gesicht gegeben. Nicht nur dafür: Danke Jürgen.

**Karl-Hermann Rehr**

Dienstlich war der frühere Erste Polizeihauptkommissar zuletzt Leiter des Sachbereichs 21 bei der damaligen Polizeidirektion Schleswig-Holstein Mitte – das Fernmeldewesen, heute würde man sagen, er war für Kommunikation zuständig. Und das war das Prägende an dem 1924 Geborenen: mit Menschen sprechen, Kontakt halten, soziale Beziehungen pflegen. Das geschah nicht nur durch das Wort, sondern viele waren Empfänger seiner Schreiben, Glückwunschkarten oder Beiträge in unterschiedlichen Organen. Gerade seine Briefe: schräg geschrieben und mit einer Unzahl von Aufklebern versehen, waren sein individuelles Merkmal. Oft steckte auch noch ein Foto dabei, das er bei einer Gelegenheit als Schnappschuss aufgenommen hatte.

Geboren wurde Jürgen Tabbert im damaligen Stettin, aufgewachsen ist er auf der Halbinsel Wollin in Misdroy. Wegen der Kriegereignisse konnte er 1943 das Gymnasium nur mit einem vorläufigen Reifevermerk verlassen. Unmittelbar darauf wartete auf den damals 18-Jährigen der Wehrdienst. Wie viele seiner Generation kam er nach Ende des Krieges in Kriegsgefangenschaft. Erst nach seiner Entlassung konnte er 1946 sein Abitur an der Jungmann-Oberschule in Eckernförde ablegen. Dorthin hatte es ihn verschlagen.

Seine Tante Lotte in Eckernförde, damals erste Kriminalbeamtin in Schleswig-

## REDAKTIONSSCHLUSS

Redaktionsschluss der  
Ausgabe 10/2010:  
Freitag, 10. September 2010



DEUTSCHE POLIZEI  
Ausgabe: Landesbezirk Schleswig-Holstein

**Geschäftsstelle:**  
Max-Giese-Straße 22, 24116 Kiel  
Telefon (04 31) 1 70 91  
Telefax (04 31) 1 70 92

**Redaktion:**  
Verantwortlicher Redakteur:  
Thomas Gründemann  
Geschäftsführender Landesvorstand  
Max-Giese-Straße 22, 24116 Kiel  
Telefon (04 31) 1 70 91  
E-Mail: [gdp-schleswig-holstein@gdp-online.de](mailto:gdp-schleswig-holstein@gdp-online.de)

**Verlag und Anzeigenverwaltung:**  
VERLAG DEUTSCHE  
POLIZEILITERATUR GmbH  
Forststraße 3 a, 40721 Hilden  
Telefon (02 11) 71 04-1 83  
Telefax (02 11) 71 04-1 74  
Verantwortlich für den Anzeigentel:  
Antje Kleuker  
Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 32  
vom 1. April 2009

**Anzeigen-Repräsentant:**  
Walter Grote  
Odenwaldstraße 14, 20255 Hamburg  
Telefon (0 40) 40 94 34

Namentlich gekennzeichnete Beiträge stellen nicht in jedem Fall die Meinung der Redaktion dar.

**Herstellung:**  
L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG  
DruckMedien  
Marktweg 42–50, 47608 Geldern  
Postfach 14 52, 47594 Geldern  
Telefon (0 28 31) 3 96-0  
Telefax (0 28 31) 8 98 87

ISSN 0170-6497



# „Kein grundsätzlicher Reformbedarf“

**War Plön erst der Anfang? Auf Antrag des Direktionsleiters von Kiel wurden die Bezirksreviere von Kiel und Plön „zusammengelegt“. Das bedeutet, die alte Kreisstadt Plön besitzt keine eigene überörtliche Polizeidienststelle mehr. Nach einem monatelangen Gezerre hatte Innenminister Klaus Schlie die Entscheidung zur Auflösung der Plöner Dienststelle getroffen. Zuvor war noch eine Reihe von organisatorischen und personellen Veränderungen zu klären. Doch zum 1. September 2010 wird es dann kein Bezirksrevier in Plön mehr geben. Unmittelbar nachdem auch die Personalvertretung keine Argumente mehr dagegen vorbringen konnte, wurde die örtliche Presse unterrichtet.**

Nicht einmal eine Woche war es her, da fragten Journalisten aus dem Flensburger Bereich in der GdP-Geschäftsstelle nach, wie denn „die Zusammenlegung“ der Bezirksreviere in Flensburg und Schleswig gesehen werde. Wie bitte? Jetzt auch in Flensburg und Schleswig? Der Vorsitzende der Regionalgruppe Schleswig-Flensburg Michael Carstensen hatte gleiche Anfragen erhalten. Wir stimmten uns am Telefon ab, wie darauf zu reagieren sei. Es scheint so, als sei die Situation um die Bezirksreviere in Kiel und Plön der Versuchsballon gewesen, denn eine Direktion nach der anderen wird solche Überlegungen wohl jetzt anschließen.

Das Ganze offenbart die Personalsituation der Landespolizei. Die Personaldecke für die anliegenden Aufgaben ist nicht nur zu kurz, sondern entwickelt sich zu einem kaum ausreichenden Waschlappen. Dabei steht auf dem Aufgabenzettel der Polizeibezirksreviere eine Reihe wichtiger Aufgaben. Allein die Begleitungen von Schwertransporten nehmen in Schleswig-Holstein Spitzenplätze ein. Aber auch die eklatante Zunahme von geschlossenen Einsätzen fällt oft auf die Bezirksreviere zurück.

Und dann gibt es da noch einen Auftrag des Polizeiabteilungsleiters aus dem Innenministerium an die Polizeidirektionen. Sie sollen Überlegungen für weitere strukturelle Veränderungen anstellen. Dabei bleibt allerdings festzuhalten, dass jede Zentralisation gleichzeitig auch ein Abschied aus der Fläche ist. Es entstehen zusätzliche Fahrzeiten, vielleicht auch ungenutzte Arbeitszeiten im Dienstwagen, Wege werden länger, persönliche Kenntnisse weniger.

Noch im Oktober des letzten Jahres hatten CDU und FDP in ihrem Koalitionsvertrag sich noch gegenseitig verspro-

chen, dass die Landespolizei in der Fläche präsent bleibe.

Nun erreicht uns allerdings die weitere Nachricht, dass die Polizeidirektion Husum aufgelöst werden soll. Entsprechende Arbeitsaufträge zur Vorbereitung seien verteilt, heißt es. Künftig werde dann eine Polizeidirektion aus Flensburg die nordfriesischen Stabsaufgaben übernehmen. Dabei soll als wesentliche Motivla-



Foto: Gründemann

ge der anstehende Ruhestand des jetzigen Direktionsleiters den Ausschlag gegeben haben.

Mit trockenem Munde muss man fragen, welche Organisationspolitik mit solch einer Motivlage betrieben werden soll, wenn es denn richtig ist, was wir gehört haben.

Dabei hatte Innenminister Schlie noch am 31. März 2010 betont, dass erst ab 2015 andere Organisationsstrukturen zur Debatte stünden und ein Konzept entwickelt werden soll. Das deckt sich dann auch mit dem Koalitionsvertrag vom Oktober 2009. Dort heißt es: „Grundsätzlichen Reformbedarf in der Struktur der Landespolizei gibt es gegenwärtig nicht. Dies schließt punktuelle Anpassungen nicht aus.“ Das gilt bis zum Ende der jetzigen Legislaturperiode 2014.

Mag sein, dass die vereinzelte Zusammenlegung von örtlichen Dienststellen in

den Direktionen noch unter die Überschrift „Punktuelle Anpassungen“ fällt. Die Auflösung einer kompletten Polizeidirektion ist es auf jeden Fall nicht.

Der Innenminister muss aufpassen, dass er die Glaubwürdigkeit des Koalitionsvertrages und damit seine eigene mit solchen Entscheidungen nicht aufs Spiel setzt. Zwar ist der Spannungsbogen zwischen Aufgabenerfüllung (mit dem wenigen vorhandenen Personal) und vorhandenen Organisationsstrukturen greifbar. Die Koalitionspartner haben aber bei ihrer Vereinbarung erkannt, dass die Landespolizei nach REKO I, II und III sowie Überlegungen unter dem Stichwort „2012“ zur Ruhe kommen muss. Ob dies angesichts der hier bekannten Informationen der Fall sein darf, muss bezweifelt werden. Ein Hin- und Hergeschiebe des Personals hat schnell erreichbare Grenzen.

Karl-Hermann Rehr

Anzeige

## Mit dem A380 nach PEKING

Reisen Sie zum chinesischen Neujahrsfest vom 03.02.-08.02.2011 mit dem A380 nach PEKING schon

**ab 599 €**

Informationen & Buchungen:

PSW-Reisen Lübeck  
Tel: 0451 - 5021736

UND

PSW-Reisen Kiel  
Tel: 0431 - 170 93

[www.psw-tours.de](http://www.psw-tours.de)



## „Zu kurz gesprungen“

Großes Medieninteresse an PC-Ausstattung der Landespolizei nach parlamentarischer Anfrage –  
Ein Kommentar von Manfred Börner

Wer ärgert sich nicht so wie ich manchmal darüber, dass es mitunter zeitaufwändig ist, mittels des dienstlichen LSK-Rechners mal schnell ins Internet zu gehen, um eine Kleinigkeit „mal eben schnell“ zu recherchieren.

Hinken wir als Polizei wieder mal den technischen Entwicklungen hinterher?

Sind Polizeirechner für Internetrecherche ausreichend vorhanden, überhaupt geeignet oder nur zu langsam für polizeiliche Ermittlungen? Offensichtlich inspiriert durch die Kleine Anfrage des Landtagsabgeordneten Thorsten Fürter, Bündnis 90/Grüne, und die Antwort der Landesregierung dazu (s. auch Juni-Ausgabe des DP-Landesjournals) sind Presse, Funk und Fernsehen in den letzten Wochen stark an dem Thema „PC-Ausstattung der Landespolizei“ interessiert. Das spiegelt sich in den häufigen Gesprächswünschen gegenüber der Gewerkschaft der Polizei wider. Sicher, es gibt immer wieder Anlässe, über den Ausstattungsstandard der

Landespolizei mit IT und anderen Arbeitsmitteln zu meckern (s. o.). Fraglich ist allerdings, ob die begründete Kritik **allein** an der Ausstattung mit internetfähigen PC festgemacht werden sollte. Als so genannter „User“ eines dienstlichen LSK-PC mit sehr laienhaftem IT-Sachverstand kann ich sehr gut nachvollziehen, wenn unsere IT-Administratoren mit allen zur Verfügung stehenden technischen Möglichkeiten dafür Sorge tragen, unser polizeiliches Netzwerk vor Viren, „Trojanern“ etc. zu schützen. Dass der Zugang zum Internet damit beschränkt und wenn überhaupt ein wenig umständlich möglich ist, kann ich deshalb gut nachvollziehen.

Dass zu Ermittlungszwecken im Bereich der so genannten Internetkriminalität landesweit lediglich 213 „Stand-Alone-PC“ zur Verfügung stehen, kann man als Mangelverwaltung sicher kritisieren. Wichtig wäre bei einer Erhöhung der Anzahl aber, dass dafür

dann auch ausreichend qualifiziertes Personal zur Verfügung steht. Nach meiner Kenntnis mangelt es da aber mindestens so stark wie an der Zahl der Rechner.

Als dritter Aspekt in dieser Thematik ist meines Erachtens auch die Rechtslage zu betrachten. Was nützen ausreichend Rechner und Kolleginnen und Kollegen, die sich an die Recherche machen, wenn aufgrund der rechtlichen Rahmenbedingungen die Ermittlungen schwierig oder gar unmöglich sind. Die jüngste Entscheidung des Bundesverfassungsgerichtes zur Vorratsdatenspeicherung macht uns als Polizei die Ermittlungsarbeit sicher nicht leichter. Schelte über unser Verfassungsgericht verbietet sich aber. Zu kritisieren ist da eher der Gesetzgeber, der die Handlungsmöglichkeiten der Strafverfolgung zu pauschal definiert hat.

Die Behauptung, die Polizei sei aufgrund der derzeitigen Recherausstattung „ohne Anschluss“ ist sicher zu kurz gesprungen.

## REGIONALLEITSTELLEN

# „Möchte meine Wertschätzung zum Ausdruck bringen“

Landespolizeidirektor entspricht GdP-Empfehlung und spricht mit Chefs der Regionalleitstellen

**Kiel-tg** – Rasch reagierte Landespolizeidirektor Burkhard Hamm nach der Veröffentlichung eines Artikels in der August-Ausgabe des DP-Landesjournal zur Situation um die Regionalleitstellen. So entsprach Hamm einer Empfehlung des GdP-Landesvorsitzenden Oliver Malchow und lud die Chefs der Regionalleitstellen ein, um mit ihnen „die Lage zu besprechen“ sowie sich über die im Zusammenhang mit seinem Interview zutage getretenen unterschiedlichen Bewertungen beziehungsweise Irritationen unmittelbar auszutauschen. „Die Situation der Kooperativen Regionalen Leitstellen ist nach wie vor ein die Polizei ausgesprochen belastendes und belastetes Thema“, konstatierte Burkhard Hamm gegenüber DP-Landesjournalredakteur Thomas Gründemann. Die Häufung der durch die Mitarbeiterschaft wahrgenommenen technischen Schwierigkeiten, die deutlich erhöhte Belastung der Kolleginnen und Kollegen in den Leitstellen sowie die bis an die

Grenzen der Leistungsfähigkeit ausgelasteten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den zuständigen Dezernaten des LPA und die wahrnehmbare Unzufriedenheit der Kolleginnen und Kollegen vor Ort seien immer wieder Anlass zu intensiver Kommunikation zwischen den Verantwortlichen untereinander wie auch natürlich mit den betroffenen Firmen, ergänzte der Landespolizeidirektor. Über die Fachdezernate des LPA erhalte er bezüglich der technischen Sachstände fortlaufend einen Gesamtüberblick. „Dabei fehlt es aber naturgemäß an den subjektiven Komponenten und den unmittelbaren Rückkopplungen aus den betroffenen Bereichen“, so Hamm. Daher sei er auch selbst mehrfach vor Ort in Harrislee gewesen, um sich ein Bild von der Situation zu machen. Dennoch habe seine in der August-Ausgabe des Landesjournals der GdP herausgegebene Einschätzung nach Berichten der GdP insbesondere bei den Kolleginnen und Kollegen in Elmshorn und Harris-

lee wohl zu Irritationen geführt. Diese gelte es zu erörtern. „Auch ist es mir wichtig, nochmals authentisch zu erfahren, wie die Situation auf den Leitstellen ‚im wahren Leben‘ erlebt wird und wie die Einschätzung bezüglich der Entwicklung für die Leitstellen in Kiel und Lübeck ist“, erklärte Burkhard Hamm Thomas Gründemann. Daher habe er sich – die Anregung der GdP aufnehmend – entschlossen, die Leiter der Leitstellen zu einem Gespräch einzuladen und aus der Sicht der Betroffenen mehr über die Probleme, Einschätzungen und Kenntnisstände der Betroffenen vor Ort zu erfahren. „Dieses Gespräch soll aber auch dazu dienen, meine Erkenntnislage, meine Bewertung und meine Verpflichtung allen Kolleginnen und Kollegen gegenüber noch einmal aufzuzeigen und abzugleichen. Nicht zuletzt geht es mir aber auch darum, gegenüber den Kolleginnen und Kollegen meine Wertschätzung zum Ausdruck zu bringen“, hob der Landespolizeidirektor hervor.



# Polizei-Protest auf Wochenmarkt

GdP-Regionalgruppe Lübeck-Ostholstein wandte sich gegen weitere Kürzungen – Von Thomas Gründemann

**Eutin** – Ein ungewohntes Bild bot sich den Besuchern des Eutiner Wochenmarktes. Unmittelbar vor dem Rathaus hatten sich vier Polizeibeamte mit einem Stand platziert, um gegen die beabsichtigten Kürzungen bei der Landespolizei zu demonstrieren. Dabei handelt es sich um eine Protestaktion der Gewerkschaft der Polizei, Regionalgruppe Lübeck-Ostholstein mit dem Vorsitzenden Andreas Sankewitz (47) an der Spitze. „Wir erwarten, dass die schwarz-gelbe Landesregierung von ihren Kürzungsvorhaben bei der Landespolizei Abstand nimmt“, so Sankewitz. „Vor allem die vorgesehene Verlängerung der Lebensarbeitszeit von 60 auf 62 Jahren stößt bei uns auf Ablehnung“, erklärte Sankewitz, der gemeinsam mit Christian Ohlf (45), Thomas Mertin (46) und Hans-Jürgen Wendler (56) das Gespräch mit den Bürgern suchte. „Die Aktionen sollen aber bewusst auch provokant sein“, erläuterte Sankewitz. So schob der GdP-Vorsitzende seinen in einem Rollstuhl mit Blaulicht sitzenden Eutiner Kollegen Hans-Jürgen Wendler über den Wochenmarkt. „So könnten die Fußstreifen der Polizei in Zukunft aussehen“, unterstrich Sankewitz im Gespräch mit verdutzten Bürgern seine Kritik an der Erhöhung der Lebensarbeitszeit. Die Berechtigung für eine Pensionierung der Ordnungshüter mit 60 Jahren habe nach wie vor ihre Berechtigung, denn der Dienst sei auch schwieriger und belastender geworden. Dazu gehöre auch eine nachweislich zunehmende Gewalt gegen Polizeibeamte. „Die Hemmschwelle zur Gewalt ist erwiesenermaßen gerade bei den immer jünger werdenden Tätern rapide gesunken. Dies bekommen die Kolleginnen und Kollegen im Streifendienst buchstäblich hautnah zu spüren“, so der GdP-Vorsitzende. Auch vor diesem Hintergrund seien weitere Verschlechterungen für die ohnehin schon geschöpften Polizistinnen und Polizisten das falsche Zeichen. So sorgten nach Aussagen des GdP-Regionalgruppenvorsitzenden auch die vorgesehene Streichung der Abfindung für die zur Pensionierung anstehenden Polizisten und weitere Zuwendungen für Ungemach in den Reihen der Polizei. Die Polizeibeschäftigten hätten in den vergangenen Jahren bereits schmerzvolle Rückschritte bei den Rahmenbedingun-



**Sie trugen den GdP-Protest mit dem Plakat „Bürger schütze DEINE Polizei“ auf den Wochenmarkt: Christian Ohlf, Hans-Jürgen Wendler, Thomas Mertin und Andreas Sankewitz.**

gen sowie spürbare Einkommenskürzungen über sich ergehen lassen müssen. Nach erheblichen Einschränkungen bei der Heilfürsorge seien zuletzt das Weihnachtsgeld ganz gestrichen oder erheblich gekürzt worden sowie das Urlaubsgeld generell weggefallen. „Die Kürzungsspirale für die Polizeibeschäftigten ist also schon längst überschritten“, erklärte Andreas Sankewitz den GdP-Protest.

Erfreut zeigte sich Sankewitz von den entsprechenden Reaktionen der Bürgerinnen und Bürger. Die Aktion auf dem Wochenmarkt sei der Auftakt zu weiteren regionalen und überregionalen Protesten, erklärte der Regionalgruppenvorsitzen-



**Provokanter Protest: Andreas Sankewitz und sein – für die Aktion im Rollstuhl sitzende – Kollege Hans-Jürgen Wendler.**

**Fotos: Thomas Gründemann**

de. Die GdP-Regionalgruppe Lübeck-Ostholstein hat mehr als 670 Mitglieder. Nach Angaben von Andreas Sankewitz sei jeder zweite Polizeibeschäftigte in Lübeck und Ostholstein in der größten Berufsvertretung der Polizei organisiert.



## Einladung!

### Kiel

Mitgliederversammlung der Regionalgruppe Kiel-Plön am **Donnerstag, dem 7. Oktober, 13 Uhr**, im Restaurant Legienhof, Legienstraße 22, Kiel

**Thema: „Polizei im Ausverkauf“**

### Segeberg

Jahreshauptversammlung am **Mittwoch, 29. September 2010, 13 Uhr**, im Sicherheitszentrum – Freiwillige Feuerwehr, Brombeerweg 112, 25479 Ellerau. Wir starten um 13 Uhr mit einem gemeinsamen Essen und bitten daher um verbindliche Zusage.

Im Anschluss an den Nichtöffentlichen Teil (u. a. Wahlen) findet ein Gespräch mit dem Herrn Innenminister des Landes Schleswig-Holstein, Klaus Schlie, statt.

Auch in diesem Jahr wollen wir unter dem Motto „Politische Kultur in Theorie und Praxis“ diskutieren.

Rückantwort bis zum 21. September 2010 erbeten:

Per Mail an [gdp-rg-segeberg@web.de](mailto:gdp-rg-segeberg@web.de)

Per Telefon an Thomas Woldt, Polizeistation Uetersen, Tel. 0 41 22/70 53-22, oder an den/die Vertrauensmann/Vertrauensfrau der Dienststelle.

### Steinburg-Dithmarschen

Am **Sonntag, 2. Oktober 2010**, verwandelt sich der größte Saal im Kreis Steinburg, das Colosseum in Wilster, zu einem festlich geschmückten Bierzelt. Die original bayrische Blaskapelle „Kolping-Kapelle Schönau“ mit 35 Musikern wird das einmalige Oktoberfest vom Sü-



den Deutschlands nach Schleswig-Holstein transferieren.

Ab 20 Uhr gibt es das traditionelle Maß Bier und den bayrischen Spießbraten mit Sauerkraut und Beilagen. Gewürzt wird das Ganze mit Brezeln und vielen kleinen Überraschungen.

Die Regionalgruppe Steinburg-Dithmarschen in Zusammenarbeit mit den anderen Gewerkschaften und Berufsverbänden laden zum Oktoberfest alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sowie deren Angehörige aus der Polizei ein. Mit allen anderen „Blaulichtern“ aus Feuerwehr, Justiz, Zoll und Rettungswesen soll einmal der harte Berufsalltag vergessen und gemeinsam gefeiert werden.

Mit einer Eintrittskarte im Vorverkauf zu 25 Euro p. P. werden Getränkegutscheine bis zu einer ganzen Maß Bier sowie ein Essensbon für den bayrischen Spießbraten erworben. An der Abendkasse kostet der Eintritt 15 Euro ohne Verzeh- und Getränkebons. Einlass ab 19.30 Uhr.

## GLÜCKWÜNSCHE

### Wir gratulieren

#### zum 40-jährigen Dienstjubiläum

Wolfgang Becker, Stephan Bierkandt, Peter Bonn, Hans-Jürgern Börner, Michael Goldstein, Hans-Herbert Gutsch, Klaus-Dieter Hecht, Harald Schröder, Siegmund Schwendrau, Kurt Wollesen, Hans Zenker, RG Lauenburg-Stormarn; Andreas Brübhaber, Bernd Hamdorf, Christian Meß, Wilfried Schwardt, Rainer Störtebecker, RG Lübeck-Ostholstein; Jens-Uwe Friedrichsen, RG Segeberg

#### zur goldenen Hochzeit

Werner Oldekop und Ehefrau, RG AFB (vormals Lübeck-Ostholstein)

#### zur Vermählung

Jörg Konkat und Ehefrau, RG Lauenburg-Stormarn.

#### In den Ruhestand traten

Bernd Herrmann, Dieter Steuck, RG AFB; Eckard Gruhn, RG Lübeck-Ostholstein; Rolf Süphke, RG Schleswig-Holstein Mitte.

**Wir bitten alle Kolleginnen und Kollegen um Verständnis, dass wir nur diejenigen namentlich erwähnen konnten, die uns vor Redaktionsschluss von ihrer Regionalgruppe genannt wurden.**

## TREFFEN

### Treffen des Einstellungsjahrganges Herbst 1960 und seines damaligen Stammpersonals

#### Wo ist die Zeit geblieben?

Vor 50 Jahren sind wir in die ehemalige 2. Hundertschaft der BPA Eutin-Hubertushöhe eingestellt worden. Grund genug, sich noch einmal zu treffen!

#### Wann?

**Sonntag, 3. Oktober 2010, 11.00 Uhr**

#### Wo?

**PD AFB Eutin-Hubertushöhe („Alte BPA“-Kantine**

Rückfragen bitte an die Kollegen Rolf Klosa (0 43 07-55 55) und Winfried Weitzel (04 31-68 22 38).





**Silvester 2010 in Frankfurt am Main**

Mit PSW-Reisen in die hessische Metropole ★★★★★  
Sonderreise vom 29. Dezember 2010 bis 2. Januar 2011

Unterbringung im  
Doppelzimmer p. P. ab  
**€ 499,-**

**Silvester 2010:** Es geht nach Frankfurt/M., der hessischen Metropole, in der sich Altes und Neues verbinden. Frankfurt/M.: Gelegen zwischen Taunus und Odenwald, unweit zu Mainz, Wiesbaden und Heidelberg, bietet zu jeder Jahreszeit Interessantes. Wir wohnen in dem legendärsten Frankfurter Hotel, dem Radisson Blu, das jeder Frankfurt-Besucher wegen seiner eigenwilligen Architektur bestimmt schon gesehen hat. Die Anreise erfolgt individuell mit der Bahn, das Ticket ist bereits eingerechnet. Vor Ort gibt es ein interessantes Ausflugsprogramm.

**Die Stadt:** Frankfurt am Main ist mit über 667.000 Einwohnern die größte Stadt Hessens und nach Berlin, Hamburg, München und Köln die fünftgrößte Deutschlands. Eine Besonderheit Frankfurts ist die Skyline, deren Wolkenkratzer zu den höchsten Gebäuden Europas gehören.

**Unsere Leistungen:**

- Hin- und Rückreise individuell mit der DB, 2. Klasse nach Frankfurt
- 4 Übernachtungen im DZ im ★★★★★ SAS-Radisson Blu
- 4 x reichhaltiges Frühstücksbüfett
- 1 x Abendessen – 3-Gang Menü oder Büfett
- Silvesterfeier mit Galabüfett inkl. alkoholfreier Getränke, Sekt und Tanzmusik
- Freie Benutzung des Wellnessbereiches
- Tagesausflug nach Heidelberg
- PSW-Reiseleitung
- Stadtrundfahrt in Frankfurt/M.

Beschreibung	pro Person
Doppelzimmer	<b>499,-</b> Euro
Zuschlag Einzelzimmer	+ 140,- Euro

Preise für Kinder auf Anfrage

Anmeldeschluss: 02. Oktober 2010 / Mindestteilnehmerzahl: 50 Personen / Änderungen im Programm vorbehalten / Veranstalter: Ameropa-Reisen – Es gelten dessen Bedingungen.

**PSW-Reisen**

Schleswig-Holstein GmbH

Weitere Informationen und Anmeldungen

**PSW-Reisen Kiel**  
Max-Giese-Straße 22  
24116 Kiel  
Telefon 0431 - 17093  
Telefax 0431 - 17092  
psw-reisen.kiel@t-online.de

**PSW-Reisen Lübeck**  
Hans-Böckler-Straße 2  
23560 Lübeck  
Telefon 0451 - 5021736  
Telefax 0451 - 5021758  
psw-reisen.luebeck@t-online.de

[www.psw-silvester.de](http://www.psw-silvester.de)



Exklusive Preise für GdP-Mitglieder und deren Angehörige im Zeitraum  
1. September bis 16. Dezember 2010

Unterbringung in  
2-Bett-Innenkabine p. P. ab  
**€ 249,-**

**Mit FINNLINES die Ostsee genießen – Helsinki erleben!**



**PSW-Reisen**

Schleswig-Holstein GmbH

**PSW-Reisen Kiel**  
Max-Giese-Straße 22  
24116 Kiel  
Telefon 0431 - 17093  
Telefax 0431 - 17092  
psw-reisen.kiel@t-online.de

**PSW-Reisen Lübeck**  
Hans-Böckler-Straße 2  
23560 Lübeck  
Telefon 0451 - 5021736  
Telefax 0451 - 5021758  
psw-reisen.luebeck@t-online.de

Entspannt reisen, entspannt ankommen, kein Lärm, keine Menschenmassen, kein Gedränge. Das ist die Finnlines Bordphilosophie! Genießen Sie einfach die Ruhe, die Reise und die Zeit, die Sie für sich und Ihre Nächsten haben. Genießen Sie die gut ausgestatteten Kabinen, das reichhaltige Büfett-Essen, die Getränke an der Bar, die Bewegung im Fitnessraum mit anschließendem Saunabesuch. Schöne Tage voller Entspannung und Erholung erwarten Sie!

Genießen Sie die gut ausgestatteten Kabinen, das reichhaltige Büfett-Essen, die Getränke an der Bar, die Bewegung im Fitnessraum mit anschließendem Saunabesuch. Schöne Tage voller Entspannung und Erholung erwarten Sie!

**Reiseroute / Angebot 1: Travemünde - Helsinki**  
Im Reisepreis sind folgende Leistungen enthalten:

- Schiffsreise im genannten Zeitraum
- 3 x Übernachtung in der 2-Bett-Innenkabine
- Freie Nutzung von Sauna, Fitnessraum und Whirlpool
- Vollverpflegung während der gesamten Schiffsreise inklusive verschiedener nichtalkoholischer Getränke zu den Mahlzeiten (3 x Frühstück, 2 x Mittagsbüfett, 3 x Abendbüfett, 1 x Mitternachtsimbiss)

**Reiseroute / Angebot 2: Rostock - Helsinki**  
Im Reisepreis sind folgende Leistungen enthalten:

- Schiffsreise im genannten Zeitraum
- 4 x Übernachtung in der 2-Bett-Innenkabine
- Freie Nutzung von Sauna, Fitnessraum und Whirlpool
- Vollverpflegung während der gesamten Schiffsreise inklusive verschiedener nichtalkoholischer Getränke zu den Mahlzeiten (4 x Frühstück, 2 x Mittagsbüfett, 4 x Abendbüfett)

**Zusätzliches:** Außenkabine A 2 (10 qm) / A 4 (16 qm): + 25,- Euro / + 49,- Euro pro Person • Einzelkabine innen / außen: + 85,- / + 129,- Euro

Irrtum, Änderungen und Zwischenverkauf vorbehalten. **Veranstalter:** Finnlines Passagierdienst, Lübeck-Travemünde. Es gelten dessen Reisebedingungen.

[www.psw-tours.de](http://www.psw-tours.de)



## Und was sonst noch so war ...

### 8. Juli

Sitzung des Geschäftsführenden Landesvorstands. Dem Gremium liegt ein Schreiben des Verbandes lesbischer und schwuler Polizeibediensteter (VelsPol) vor. Der Verband will die Interessen gleichgeschlechtlicher Polizeibediensteter in Schleswig-Holstein vertreten und sucht die Unterstützung der GdP. Wer Kontakt zu diesem Verband aufnehmen will, kann dies tun über [info@velspol-sh.de](mailto:info@velspol-sh.de) und findet weitere Informationen unter [www.velspol-sh.de](http://www.velspol-sh.de).

### 9. Juli

Das Sozial- und wirtschaftswissenschaftliche Institut (WSI) in der Hans-Böckler-Stiftung legt in einer Presseerklärung die in diesem Halbjahr bisher abgeschlossenen Tarife in einer Übersicht dar. Danach stiegen die Löhne und Gehälter bundesweit durchschnittlich um 1,7 %.

### 12. Juli

Im elektronischen Briefkasten liegt heute der NRW-Koalitionsvertrag von rot-grün. Dort heißt es zum Thema Personal:

Die Polizei des Landes soll insgesamt besser aufgestellt und ausgestattet werden. Zunächst soll das 2001 durch die damalige rot-grüne Landesregierung eingeführte Modell der zweigeteilten Laufbahn bei der Polizei bis 2012 komplett umgesetzt sein. Das Modell der Wachpolizei wird abgelehnt. „Wir wollen für die Menschen in NRW gut ausgebildete Polizistinnen und Polizisten und keine Polizei light“, heißt es im Koalitionsvertrag. Zum dauerhaften Erhalt der jetzigen Polizeistärke sollen jährlich 1400 Anwärter eingestellt werden. Weiterhin werde die neue Landesregierung das Personalmanagement verbessern und Lebensarbeitszeitkonten, ein funktionierendes Gesundheitsmanagement sowie eine einheitliche Dienstvereinbarung zum betrieblichen Eingliederungsmanagement der Polizei einführen.

### 16. Juli

Eine Pressemeldung des Verwaltungsgerichtes in Münster schießt durch die gesamte deutsche Polizeiöffentlichkeit: das Anlegen der Dienstuniform gehört zum Dienst wie auch das spätere Ablegen der Uniform. Der Kläger ist als Vollzugsbe-

amter im Wechselschichtdienst in Nordrhein-Westfalen tätig. Er beantragte, das An- und Ablegen der Dienstuniform in den Dienst zu integrieren. Dies ließ der zuständige Polizeipräsident nicht zu: Als Dienstzeit könnten nur die Vorbereitung zur Einsatzbereitschaft, wie etwa das Anlegen von Dienstwaffen oder sonstigen Ausrüstungsgegenständen, angesehen werden. Das Gericht hingegen stellte fest, dass das Anlegen der Uniform auf jeden Fall keine Privatsache ist. Das Urteil ist nicht rechtskräftig. Bisher ist auch nicht bekannt, ob das unterlegene Land in die Rechtsprüfung bei der nächsten Instanz eintritt.

### 23. Juli

10 Uhr – Termin bei unserer Vertragsanwältin Uta Scheel. Es geht um die Abrechnungs-Merkwürdigkeiten eines ihrer Kollegen. Im Rahmen des GdP-Rechtsschutzes wurde ein Zivilverfahren mit GdP-Rechtsschutz durchgeführt und 2008 abgeschlossen. 2009 änderte sich das Rechtsanwaltsvergütungsgesetz (RVG). Dies nahm der damals vertretende Anwalt zum Anlass, eine Nachberechnung des bereits abgeschlossenen Falles vorzunehmen. Das können wir so nicht akzeptieren und verabreden weitere Schritte.

### 26. Juli

8.30 Uhr – Arbeitsgericht in Kiel. Es geht um einen Höhergruppierungsprozess, der musterhaft für drei weitere Mitarbeiter des Landespolizeiamtes durchgeführt wird. Das entsprechende Musterverfahren wird gewonnen, die Klägerin sowie die weiteren drei betroffenen Beschäftigten sind seit dem 3. Juni 2008 in die Entgeltgruppe 8 TV-L einzugruppiert. Dies ist ein großartiger Erfolg des GdP-Rechtsschutzes. Allerdings kann es noch sein, dass das unterlegene Land vor das Landesarbeitsgericht zieht.

### 2. August

Der frühere Landespolizeidirektor Wolfgang Pistol arbeitet nunmehr schon in der zweiten Amtszeit als ehrenamtlicher Anti-Korruptionsbeauftragter. Halbjährlich legt er seine Tätigkeitsnachweise in einer Pressemeldung vor. So haben sich in der Zeit vom 1. Februar bis 1. August 2010 26 Menschen mit Hinweisen auf Korruptionsverdacht an ihn gewandt. Sieben davon wurden von Pistol

nach entsprechender Recherche als Verdachtsfälle eingestuft und an Staatsanwaltschaft bzw. Landeskriminalamt abgegeben. Insgesamt 51 dem Anti-Korruptionsbeauftragten seit Tätigkeitsbeginn vorgelegte Fälle wurden zur weiteren Bearbeitung an Polizei und Staatsanwaltschaft abgeliefert.



### 2. August

Heute treten 200 Auszubildende ihren Dienst in Eutin an. 150 Anwärterinnen und Anwärter sind für den mittleren Polizeidienst vorgesehen, 50 erhalten ihre Ernennungsurkunde für den gehobenen Dienst. Für die Gewerkschaft der Polizei ist diese Relation nicht nachvollziehbar: Wer den mittleren Dienst in dieser Form stärkt, dem nimmt man nicht ab, dass er die Zweigeteilte Laufbahn überhaupt will.

### 6. August

Die Beurteilungsthematik ist um eine Kuriosität reicher. Während einer Sitzung der GdP-Rechtsschutzkommission ist folgender Fall zu beraten: Das Landespolizeiamt forderte eine Polizeidirektion auf, wegen eines „falschen Beurteilungsmaßstabes“ die Beurteilungen eines Polizeihauptmeisters aufzuheben und den bisherigen Zweitbeurteiler von seiner Aufgabe zu entbinden. Stattdessen wurde der Vorgesetzte des Zweitbeurteilers beauftragt. Der bisherige Zweitbeurteiler hatte sich geweigert, die Beurteilung des Polizeihauptmeisters zu ändern. Dieser Vorgang warf in der Rechtsschutzkommission die Frage auf, ob damit alle bisherigen Beurteilungen des suspendierten Zweitbeurteilers „rechtsfehlerhaft“ sind. Auf jeden Fall wird der gesamte Vorgang nun durch den GdP-Rechtsschutz gerichtlich geprüft.

